

Wie es kam!

Eine Rede des Reichs- und
Staatskommissars Severing

über

die Unruhen im Ruhrgebiet



Herausgegeben von der Reichszentrale für Heimatsdienst.

A31683

Vorwort.

Der Einmarsch der Regierungstruppen ins Ruhrgebiet zum Zwecke der Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände und die voraufgegangenen Verhandlungen haben in einem Teil der Presse und in manchen Kreisen der Bevölkerung auf Grund von absichtlich und unabsichtlich herbeigeführten Mißverständnissen eine Kritik erfahren, die der Wirklichkeit nicht gerecht wird. Die Zentrale für Heimatdienst hielt es daher für erforderlich, die eingehenden authentischen Darlegungen, die Herr Reichs- und Staatskommissar Severing am 3. April vor Vertretern der Münsterschen Presse über die Entstehung und Entwicklung der Unruhen im Industriegebiet machte, einer größeren Oeffentlichkeit zugänglich zu machen. Sind sie auch in mancher Beziehung durch die Ereignisse überholt, so liefern sie doch den bündigen Nachweis, daß die Maßnahmen der Regierung von einer durchaus zutreffenden Einschätzung der tatsächlichen Verhältnisse ausgingen und das Richtige trafen.

Jedenfalls empfehlen wir die Rede eingehender Aufmerksamkeit.

Zentrale für Heimatdienst.

In einer von der Reichszentrale für Heimatdienst einberufenen Pressekonferenz, die am 3. April in Münster tagte, führte der Reichs- und Staatskommissar Severing folgendes aus:

Ich bin dem Einberufer der heutigen Sitzung außerordentlich dankbar dafür, daß er mir Gelegenheit gibt, zu den Vertretern gerade der Münsterischen Presse zu sprechen. Die Münsterische Presse hat sich im allgemeinen in den letzten Tagen auf einen Standpunkt gestellt, der einer heftigen Bekämpfung der Regierung und ihrer taktischen Maßnahmen gleichkommt. Bei näherer Prüfung wird sich dieser Standpunkt aber wohl kaum aufrecht erhalten lassen. Mir liegt daran, die falschen Voraussetzungen, die die Herren der Münsterischen Presse zu ihrer Haltung bewogen haben, besonders um deswillen zu entkräften, weil alles das, was hier in Münster publiziert wird, in weiten Kreisen aufgefaßt wird als die Meinung der Behörden, speziell des Wehrkreiskommandos und des Reichskommissariats. Wenn diese Publikationen sich gegen Maßnahmen der Regierung richten, so werden sie im Augenblick draußen empfunden als die Vorbereitung zum Wortbruch. Man deduziert ungefähr so: In Verhandlungen mit den Arbeitern reden die Regierungsvertreter friedliche Töne und wenn sie nach Münster zurückkommen, verfallen sie sofort wieder dem Einfluß der militärischen Stellen. Das Mißtrauen, daß dadurch erweckt wird, sollte in diesen Zeiten vermieden werden. Wollen Sie meine Ausführungen lediglich von diesem Gesichtspunkte aus auffassen.

Wenn ich Ihnen über den Aufruhr im Industriebezirk berichte, dann folge ich am besten den chronologischen Dispositionen.

Als die Regierung sich am Tage des Kapp-Putsches nach Dresden begab, um von dort den Kampf gegen die Rechtsrevolutionäre zu führen, da hat sie dankbar jede Hilfe begrüßt.

die ihr geboten wurde, um ihre Position gegenüber der militärischen Macht Kapp-Lüttwitz zu stärken. Eine dieser Hilfsmaßnahmen war der Generalstreik. Es ist sicher, daß der Generalstreik unserer Volkswirtschaft schwere Wunden geschlagen hat. Aber selbst, wenn sich die Regierung gegen ihn erklärt hätte, wäre der Streik nicht aufzuhalten gewesen. Alle Gewerkschaften, das betone ich ausdrücklich, schlossen sich zusammen, um die wirtschaftlichen Machtmittel der Arbeiterklasse zur Anwendung zu bringen zu dem einzigen Ziel, die demokratische Regierung und die Verfassung zu schützen. Auch hier in Münster ist die Frage des Generalstreiks schon vor seiner Proklamation erörtert worden. Ich habe es abgelehnt, eine Verordnung gegen seine Anwendung zu unterzeichnen. Nicht allein weil ich grundsätzlich für den Generalstreik als Kampfmittel gegen den Verfassungsbruch war, sondern auch, weil ich ein Verbot seiner Anwendung in diesen Tagen für undurchführbar hielt. Wenn gegen die Haltung der Regierung und ihrer Organe zu der Frage des Generalstreiks hier und dort kritische Stimmen laut geworden sind, so sollten diese Kritiker doch bedenken, in welcher üblen Situation sich die Regierung befand. Es gingen mir von allen Seiten Nachrichten zu, daß die Kappleute auch in der Provinz Verbindungen angeknüpft hätten und wenn die Regierung dieser Tatsache gegenüber jede ihr angebotene Hilfe annahm, so sollte das mindestens für diejenigen verständlich sein, die infolge ihrer Parteistellung ein Interesse an dem Erfolg der Regierung haben mußten.

Was die Haltung der Regierungsstellen in Westfalen anlangt, so haben sich, wie bekannt, der Oberpräsident und der Reichskommissar am ersten Tage nach dem Kapp-Putsch in unzweideutiger Weise hinter die alte Regierung gestellt und zum Ausdruck gebracht, daß sie Weisungen nur von der alten Regierung zu empfangen hätten. Im Aufruf des Oberpräsidenten war angedeutet, daß man durchaus nicht mit allen Maßnahmen der Regierung einverstanden zu sein braucht, daß aber Änderungen nur auf verfassungsmäßigem und gesetzmäßigem Wege erstrebt werden dürften, von jedem Staatsbürger, dem das Wohl des Landes am Herzen liegt. Es ist eine Anmaßung schlimmster Art, wenn die Kritiker der Regierung es so darstellen, als ob eine Regierung ihrer Färbung die Dinge im Augenblick so meistern könne, daß volle Zufriedenheit aller Volkskreise mit den Zuständen einkehre. Würden wir eine Kapp-Regierung am Ruder behalten haben, so würde auch sie

nicht in der Lage gewesen sein, die wirtschaftlichen Nöte des Volkes rascher zu beheben und uns aus allen politischen Fesseln zu befreien, die der Friedensvertrag von Versailles uns geschlagen hat. Ebenso unmöglich würde das einer Regierung sein, die sich um die Herren Cohn oder Däumig gruppierte.

Der Oberpräsident und ich waren der Meinung, daß es zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Westfalen wesentlich beitragen würde, wenn alle Behörden sich in unzweideutiger Weise hinter die alte Regierung stellten und zum Ausdruck bringen würden, daß sie nur die alte Regierung als gesetzmäßige anerkennen. Mit einer derartigen Kundgebung wäre das Vertrauen der Bevölkerung in die Behörden in einem solchen Maße gekräftigt worden, daß Unruhen in größerem Umfange ausgeschlossen erscheinen könnten. Leider haben wir die Unterstützung zur Ausführung dieses Vorgehens nicht bei allen Stellen gefunden. Auch an dieser Stelle bedauere ich, daß der Militärbefehlshaber Generalleutnant von Watter, sich unserem Vorgehen nicht angeschlossen hat und der Aufruf ohne seine Namenunterschrift veröffentlicht wurde. Die Objektivität verlangt indessen, festzustellen, daß es für den Militärbefehlshaber nicht ganz so leicht war, sich unzweideutig zur alten Regierung zu stellen, wie für den Oberpräsidenten und mich, der wir beide den Parteien angehören, die die Tragbalken der Regierung sind. Die unter dem Befehl des Generalleutnants von Watter stehende Truppe, wie die Truppen überhaupt, ist nicht so diszipliniert, wie das Heer in der Vorkriegszeit. Das Verhältnis zum Führer spielt heute eine wesentliche Rolle und nicht alle Truppenführer, das muß leider festgestellt werden, waren verlässliche Stützen der alten Regierung. Der Militärbefehlshaber glaubte seine Truppe am ehesten zusammen zu halten, wenn er sich auf die Erklärung beschränkte, sich für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung einzusetzen und jede ausdrückliche Parteinarbeit vermie. Wenn auch die Kundigen diese Haltung verständlich fanden, so hat sie in der Arbeiterschaft doch tiefes Mißtrauen hervorgerufen. Am Tage nach dem Kapp-Putsch hatte ich die Gewerkschaftsführer des rheinisch-westf. Industriebezirks zu mir geladen. Mir lag daran, die Produktionsstätten in Rheinland und Westfalen möglichst vor jeder Beschädigung und Störung zu bewahren. Von der allgemeinen Parole zum Generalstreik hatte ich noch keine Kenntnis. Ich wußte wohl, daß schon tags vorher in Berlin von der sozialdemokratischen Parteileitung der Plan gefaßt war, den Generalstreik

auszurufen. Wie dieser Plan in der Provinz aufgenommen wurde, konnte ich zwar vermuten, aber nicht mit Bestimmtheit angeben. Ich wußte aus früheren Kundgebungen, daß die Bergarbeiter eine Schmälerung der verfassungsmäßigen Rechte sich nicht gefallen lassen würden und meine größte Sorge war darum, ganz besonders den Bergbau vor unheilbaren Schäden zu bewahren. Am 14. März lagen die Dinge, wie sie erst recht heute liegen: Unser Wirtschaftsleben kann nur durch eine fleißige Kohlenförderung gerettet werden. Wir sind für die nächsten Wochen und Monate in unserer Lebensmittelversorgung auf reichliche Zufuhr aus dem Auslande angewiesen. Unser Geldkredit im Ausland ist gleich Null. Wollen wir Lebensmittel haben, so haben wir kein anderes Zahlungsmittel, als Kohle und die durch Kohle erzeugten Industriewerte. Es ist deswegen eine Binsenwahrheit, daß es bei allen wie immer gearteten Erschütterungen in erster Linie darauf ankommt, die Kohlenproduktion nach Möglichkeit aufrecht zu erhalten. Besonders diesem Zweck sollte die erwähnte Besprechung dienen. Einen Streik der Bergarbeiter zu verhindern, lag nicht in meiner Absicht und nicht in meiner Macht. Aber mit den berufenen Führern der Bergarbeiter mußte vereinbart werden, daß die Notstandsarbeiten verrichtet und allen Sabotageversuchen entschieden entgegen getreten würde. Die Arbeitervertreter erklärten im Anschluß an diese Besprechung dem Militärbefehlshaber, daß nach ihrer Auffassung sich die Dinge im Industriegebiet verhältnismäßig leicht meistern ließen, wenn auch die militärischen Stellen sich unzweideutig auf den Boden der alten Regierung stellen würden. Die Arbeitervertreter baten Exzellenz von Watter in der dringendsten Art, nicht in einer verklausulierten Erklärung, sondern in gewohnter, knapper militärischer Form zum Ausdruck zu bringen, daß er nur Weisungen von der alten Regierung befolgen würde. Die ganzen Verhandlungen beim Militärbefehlshaber drehten sich um diesen einen Punkt.

Ich habe mich selbstverständlich den Ausführungen der Gewerkschaftsvertreter nur anschließen können und darauf aufmerksam gemacht, daß es bei der politischen Gesamtsituation ganz unmöglich sei, ausschließlich mit militärischen Machtmitteln die Ruhe und Ordnung im Industriebezirk aufrecht zu erhalten. Streikunruhen in einem Bezirk wären wahrscheinlich mit einem grossen Aufgebot von Militär abzustellen, wenn sie in Gewalttaten ihren Ausdruck finden würden. Man könne im schlimmsten Falle auch aus anderen Bezirken des Reiches

Soldaten heranzuziehen, wenn sich die Streikbewegung und mit ihr die Gewalttaten auf den einen Bezirk beschränken würden. Aber ein Generalstreik, der die Arbeiterschaft ganz Deutschlands umfaßte, ließe eine Truppenkonzentration auf einem Bezirk nicht zu und dadurch käme es eben dahin, daß bei Streikunruhen in Rheinland und Westfalen über drei Viertel Millionen Arbeiter dem verhältnismäßig geringen Teilen der Reichswehr gegenüberstanden, die in Rheinland und Westfalen garnisonierten. Käme es zu Zusammenstößen, dann müßte an diesem Riesenheer die militärische Gewalt, die nur einzelne Bataillone einsetzen könnte, zerschellen. Mit dieser Perspektive, die ich in der erwähnten Arbeitervertreter-Konferenz vor dem Militärbefehlshaber entwickelte, habe ich leider zu sehr Recht behalten. Es kam zum Generalstreik. Er war auch in unserm Bezirk allgemein. Mehr wie drei Viertel Millionen Arbeiter feierten. Und nun erfolgte die Entsendung von Truppen in den Hagener Landkreis, d. h. in einen Wetterwinkel, der uns schon im Vorjahre zu schaffen gemacht hatte. Mitteilungen, die an das Wehrkreiskommando gelangt waren, wollten wissen, daß die Eisenbahnen des Bezirks sabotiert werden sollten, daß Angehörige der Rechtsparteien festgenommen worden seien, und daß Eingriffe in die Rechte der ordentlichen Behörden erfolgt wären, die sich ein demokratisches Staatswesen nicht gefallen lassen kann. Dem Wehrkreiskommando kam es darauf an, dafür zu sorgen, daß diese Erscheinungen nicht allgemein wurden, daß gleich in den Anfängen Uebergriffe jeglicher Art unterdrückt wurden. Deswegen wurde die Truppe eingesetzt. Leider eine Truppe, die in der Bevölkerung nicht die geringsten Sympathien genoß, eine Truppe, die überall, wo sie sich zeigte, mit dem allergrößten Mißtrauen aufgenommen worden ist, eine Abteilung des Korps Lichtschlag!

Bei objektiver Prüfung aller einschlägigen Dinge muß man zugestehen, daß dieses Mißtrauen nicht ganz unberechtigt war. Die ostentative Mitwirkung von schwarz-weiß-roten Bändchen und schwarz-weiß-roten Fahnen hat in der Arbeiterschaft aller Richtungen das Gefühl ausgelöst, daß die Truppe komme, nicht um Ruhe und Ordnung wieder herzustellen, sondern um auch im Westen eine Position für Kapp zu erobern. Ich habe alles getan, um dieses Mißtrauen nach Möglichkeit zu zerstreuen, um die Arbeiter davon zu überzeugen, daß ihre Befürchtungen grundlos seien und daß es durchaus nicht notwendig sei, sich mit der Waffe in der Hand gegen kleinere Formationen der Reichswehr zu wenden. Ich habe auf die

gewichtige Waffe des Generalstreiks verwiesen, die allein in der Lage sei, der Verschwörer Herr zu werden. Diese Ermahnungen haben leider nichts gefruchtet. Schon am Montag wurde berichtet, daß die in Wetter angekommene Abteilung Militär angegriffen worden sei, und zwar von starken Arbeiterkräften, die aus Hagen und aus der Umgegend von Hagen zusammengezogen waren. Ob und inwieweit das Verhalten der Truppe am Bestimmungsorte noch besonders dazu beigetragen hat, die Bevölkerung aufzureizen, darüber konnte die Untersuchung heute noch nicht so objektiv und leidenschaftslos durchgeführt werden, daß man ein zuverlässiges Bild darüber erhalten konnte.

Das Mißtrauen der Arbeiterschaft in die Zweckbestimmung der Truppe erhielt neue Nahrung dadurch, daß sich nach Blättermeldungen die Korps Lichtschlag und Schulz demonstrativ auf die Seite der neuen Regierung gestellt hatten. Man hatte erfahren, daß Major Schulz seine Leute zu einer Paradeaufstellung hatte antreten lassen, daß einzelne Abteilungen des Korps Lichtschlag, z. B. die Abteilung in Osnabrück, zu einem Zapfenstreich Vorbereitungen getroffen hätten, daß höhere Löhnungen an dem Putschtage gezahlt worden waren, kurzum, daß der ganze Kapp-Putschtag als ein Feiertag betrachtet worden sei.

Vom Wehrkreiskommando wurde angeordnet, durch stärkere Truppennachschübe in Herdecke die kleine Abteilung in Wetter zu entsetzen. Sie kamen jedoch zu spät. Die kleine Abteilung in Wetter war bereits aufgerufen und dasselbe Schicksal wäre zweifellos der in Herdecke eingeschlossenen Abteilung beschieden worden, wenn sie sich nicht nach langen Verhandlungen ergeben hätte. Weitere Truppennachschübe die dann eingesetzt wurden, konnten des Eisenbahnerstreiks wegen nicht schnell genug den Bestimmungsort erreichen. An einzelnen Orten haben sich die Arbeiter bewaffnet den Truppentransporten entgegen gestellt.

Jetzt hielten Kommunisten und Syndikalisten den Zeitpunkt für gekommen, um mit der Abwehr des Kapp-Putsches ihre politischen Ziele zu verbinden. Aus allen Teilen des Reiches strömten kommunistische Agenten in das Ruhrbecken, und es tauchten überall wieder Leute auf, die aus durchsichtigen Gründen monatelang vorher nur unterirdisch tätig gewesen waren. Die bewaffneten Arbeitermassen erhielten aus allen Orten Zuzug und wenn auch nicht alle bewaffnet waren, so läßt sich aber doch nicht leugnen, daß Zehntausende sich im Besitz einer Flinte, eines Revolvers oder von Handgranaten

befanden. Wenn man sich fragt, woher diese vielen Waffen stammten, die eine Formierung der Arbeitermassen zu einer „roten Armee“ ermöglichten, so ist zunächst zuzugestehen, daß ein großer Teil den Einwohnerwehren abgenommen worden ist, daß überhaupt nicht unbeträchtliche Beute den Arbeitermassen durch die Entwaffnung des unterlegenen Militärs und der Polizei in die Hände gelangte. Damit sind natürlich nicht alle Waffenquellen der roten Armee erschöpft. Es ist zweifellos, daß bei der Razzia im Jahre 1918 und später nicht alles erfaßt worden ist, daß nach der Demobilmachung sehr viele Waffen im Besitz der zurückkehrenden Arbeiter geblieben sind; besonders im Volmetale, wie im Bergischen Lande überhaupt, müssen viele Waffen und große Mengen Munition versteckt geblieben sein. Das war schon im Vorjahre die Auffassung des Wehrkreiscommandos, der ich durchaus beitreten möchte. Es lagen aber auch Meldungen darüber vor, daß ein lebhafter Waffenschmuggel von der rechten Rheinseite her getrieben wurde und daß auch aus mitteldeutschen Waffenlagern auf illegalem Wege Waffen in das Industriegebiet gekommen sind, mit denen der Kern der roten Armee ausgerüstet werden sollte. Es ist noch nicht aufgeklärt, wie die bewaffneten Arbeiter zu den vielen Offizieren gekommen sind, die die Leute in ausgezeichneter Disziplin, wie das besonders von erfahrenen Militärs anerkannt wird, geführt haben. Mit der billigen Redensart, das seien russische Offiziere oder überhaupt Ausländer gewesen, ist die Frage nicht restlos aufgeklärt. Mir liegen bestimmte Mitteilungen darüber vor, daß ein großer Teil dieser Offiziere im Deutschen Heere gegen die Entente gekämpft haben und politisch weder auf kommunistischem noch auf sozialistischem Standpunkt steht. Die bedeutendsten Führer sollen der demokratischen Partei nahe stehen.

Diesem Teil der Offiziere kam es, wie ich annehme, nur darauf an, den Kapp-Putsch abzuwehren. Aber es stellte sich bald heraus, daß die Führer garnicht mehr in der Lage waren, den Zug der Massen aufzuhalten, und das Hinabgleiten in das wildeste kommunistische Fahrwasser zu verhindern. Schon beim Zuge auf Dortmund stellte es sich heraus, daß das Ziel der aufrührerischen Arbeitermassen die Vernichtung jeglicher Staatsorgane war, auch derjenigen, in denen große Teile der Arbeiterschaft vertreten waren. In Dortmund haben buchstäblich Arbeiter gegen Arbeiter gekämpft. Die Polizeiorgane standen dort durchaus nicht in dem Geruch, Kappleute zu sein. Sie waren zum großen Teil Sozialisten oder

Zentrumsanhänger und verfassungstreu. Das hat sie jedoch nicht vor der erbitterten Bekämpfung durch die bewaffneten Arbeitermassen geschützt. Auch die Kämpfe in Gelsenkirchen und in Essen waren ein sinnloses Gemetzel an den Polizeiorganen. In Essen setzte sich die Sicherheitswehr ausschließlich aus Arbeitern zusammen. Etwa 450 standen der sozialdemokratischen Partei nahe, und 150 waren den christlichen Gewerkschaften entnommen. Man hätte glauben dürfen, daß sie vor der Wut der anstürmenden Arbeitermassen verschont geblieben wären. Das Gegenteil ist eingetreten. Die Truppe ist vollständig zersprengt worden. Viele ihrer Mitglieder sind getötet. Auch die staatliche Sicherheitspolizei, die sich in Kundgebungen mit Führern und Mannschaften restlos hinter die alte Regierung gestellt hatte, hat in den Kämpfen in Essen schwer gelitten. Einzelne Trupps, die besonders bedrohte Punkte der Stadt hartnäckig verteidigt hatten, sind in bestialischer Weise ermordet worden. Das war nicht mehr ein Kampf zur Stützung der alten Regierung, das war nicht mehr eine Abwehr des Kapp-Putsches, sondern ein wohlorganisierter Kampf gegen die staatlichen Sicherheitsorgane überhaupt! Gewiß ist es nicht zur Ausrufung der Räterepublik gekommen. Das hätte einen großen Teil der Massen stützig gemacht und die Drahtzieher der Bewegung angesichts der Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung für den Augenblick in eine sehr üble Situation gebracht. Die Führer der Bewegung sahen wohl ein, daß sich ihre ursprüngliche Absicht, zu deren Verwirklichung ja doch alle Waffenrüstungen vorgenommen waren, jetzt nicht bewerkstelligen ließ. Die Ausrufung der Räterepublik für einen größeren Bezirk unterblieb deswegen. Was aber auf den einzelnen Rathäusern und Gemeindestuben etabliert wurde, war nichts anderes, als die kommunale Räterepublik.

Wie sich die Dinge weiter entwickelten, ist bekannt. Anstelle der Aktionsausschüsse der Mehrheitsparteien, die sich in zahlreichen Orten gebildet hatten, traten Vollzugsausschüsse der Kommunisten, die aber stellenweise nach kurzer Dauer von noch radikaleren Einrichtungen und Personen abgelöst wurden.

Wenn man die Taktik der Regierung würdigen will, so muß man davon ausgehen, daß die Erbitterung gegen den verbrecherischen Anschlag der Kapp und Genossen bei der Arbeitererschaft und einem sehr großen Teil der Bürgerschaft des Ruhrbezirks allgemein war. Die christlichen Gewerkschaftler, die Hirsch-Dunkerschen Arbeiter standen Schulter an Schulter mit den Sozialisten und Kommunisten. Das Gleiche

gilt von den Angestellten. Ich habe die größten Anstrengungen in den ersten Tagen des Kapp-Putsches unternommen müssen, um die Eisenbahner-Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten zu bewegen, ihren Widerstand gegen den Antransport von Truppen aufzugeben. Die diesen Widerstand leisteten, waren keine Unabhängigen oder Kommunisten, sondern zum beträchtlichen Teil Gewerkschaftler, die durchaus nicht auf dem Boden sozialistischer Weltanschauung stehen. Auch meine engeren politischen Freunde in Münster, Osnabrück, Hannover und anderen Orten, die sich weigerten, Truppen weiter zu befördern, mußte ich aufklären darüber, daß diese Truppentransporte durchaus nicht dazu bestimmt wären, den Kapp-Leuten im Westen einen Stützpunkt zu schaffen.' Ich führe das an, um zu beweisen, wie allgemein der Widerstand in jenen ersten Tagen war. Ich hielt es deswegen für meine Pflicht, jede Gelegenheit zu benutzen, um den Arbeitern das Gefühl beizubringen, daß ihr Mißtrauen ungerechtfertigt sei, und daß die Regierung ernstlich bestrebt sei, unsere öffentlichen Einrichtungen den Erfordernissen der Demokratie schnellstens anzupassen. Dazu genügte aber nicht ein bloßes Versprechen. Man muß den Arbeitern die Garantien geben, daß der verfassungstreue Teil des Volkes in Bezug auf die Besetzung des Verwaltungsapparates in Preußen und im Reiche mehr wie bisher beteiligt werden sollte. Diesem Zwecke dienten auch die Berliner Vereinbarungen zwischen der Regierung und den Gewerkschaften, an denen auch Zentrumsabgeordnete, u. a. auch der Abgeordnete Herold, mitgewirkt hatten. Als Deputationen der Oberbürgermeister und Landräte die Regierung in Berlin um ein Eingreifen ersuchten, erklärten sie als ihre Meinung, daß von einem Einsetzen des Militärs nicht die Rede sein könne und dürfe. Die Regierung hat den Anregungen, sich mit den einflußreichen Arbeitervertretern zur Beilegung des bewaffneten Widerstandes in direkte Verbindung zu setzen, gern Folge gegeben und den Reichsminister Giesberts und den Staatsminister Braun ersucht, diese Verbindung aufzunehmen.

Unabhängig von den Vorstellungen der Deputationen in Berlin hatte ich eine Zusammenkunft der behördlichen und Arbeitervertreter an einem neutralen Orte ins Auge gefaßt die den Versuch unternehmen sollte, eine Basis zur Verständigung zu finden. So kam es zur Bielefelder Konferenz. Sie hatte die Aufgabe, durch Aufklärung den gutgesinnten Teil der Arbeiterschaft von denen zu trennen, denen es nicht auf die Abwehr des Kapp-Putsches ankam, sondern die mindestens die Absicht gehabt hatten, mit kommunistischen Wirt-

schaftstheorien zu experimentieren. Diese Aufgabe ist durch das Bielefelder Abkommen erreicht. Man hat von diesem Abkommen als von einer Kapitulation der Regierung gesprochen und davon, daß es mit den Bestimmungen der Reichsverfassung kollidiere. Das sind alles billige Redensarten, die durch nichts begründet sind.

Die Bielefelder Abmachungen stützen sich zum großen Teil auf die Vereinbarungen, die in Berlin getroffen worden sind, und an denen Vertreter aller Mehrheitsparteien beteiligt waren. Wenn darin den Arbeitern größere Konzessionen gemacht worden sind, so war das nach den außergewöhnlichen Ereignissen der Putschtage das einzige Mittel, um das tiefe begründete Mißtrauen der Arbeiterschaft zu dämpfen. Wie sind die Reichsstellen von den Generalen a la Lüttwitz betrogen worden? Wie ist besonders der Reichswehrminister hintergangen, der bei jeder Gelegenheit in der Öffentlichkeit betont hatte, daß die Offiziere der Reichswehr treu auf dem Boden der Verfassung ständen! Gegen derartige Hinterhältigkeiten will sich die Arbeiterschaft sichern und daran haben auch die anderen Erwerbsstände das größte Interesse. Denn nur diese Sicherung wird das Land vor weiteren Erschütterungen bewahren.

Ebenso unbegründet ist die Redensart, daß die Regierung in der Zeit der Bielefelder Abmachungen statt zu verhandeln, hätte handeln sollen. Dazu war sie noch garnicht in der Lage. Wenn sie nicht mit dem Einsatz schwacher militärischer Kräfte weitere Niederlagen des Militärs riskieren wollte. Die Regierung hat alles getan, um den Truppentransport zu beschleunigen, und ich bin Tag und Nacht bemüht gewesen, gerade darin der Militärverwaltung behilflich zu sein. Es ist die plumpste Demagogie, wenn es so dargestellt wird, als ob die Regierung das späte Einsetzen des Militärs künstlich herbeigeführt habe. In der Richtung der Heranschaffung militärischer Kräfte ist nichts versäumt worden. Aber eine Regierung, die einer derartigen Volksbewegung gegenüber nur das Mittel der Flinte und der Handgranate kennt, und die politischen Mittel, die zum Erfolg führen könnten, unberücksichtigt läßt, ist keine demokratische Regierung. Die angewandten politischen Mittel haben, wie gesagt, den beabsichtigten Erfolg vollständig erreicht. Die Bielefelder Abmachungen haben in der roten Armee wie Sprengpulver gewirkt. Schon am 28. März telegraphierte der Führer der Unabhängigen Partei in Hagen, Herr Ernst, daß zur Niederzwingung des Aufruhrs in Mülheim, Oberhausen, Hamborn evtl. zuverlässige Truppen eingesetzt werden müßten. Dies Telegramm war ein Beweis dafür, daß auch in den Reihen

der Unabhängigen die Auffassung Boden gewann, den Kampf abzubrechen, ohne es zu schwerem Blutvergießen kommen zu lassen.

Wurde so durch das Bielefelder Abkommen eine Schwächung und Auflösung der roten Armee erreicht, so gestalteten sich die militärischen Machtmittel inzwischen derart, daß erforderlichenfalls scharf zugegriffen werden kann. Diese Machtmittel können aber nicht so eingesetzt werden, wie das augenblicklich von den verschiedensten Behörden, Oberbürgermeistern und Landräten gewünscht wird. Es ist überaus bezeichnend, daß dieselben Leute, die vor Bielefeld die zuständigen Stellen händeringend baten, kein Militär zu schicken, heute garnicht laut genug rufen können, so schnell wie möglich Militär zu schicken. Hätten wir uns durch die Beurteilung der Lage durch diese Herren beeinflussen lassen, dann wären wir heute immer noch zu schwach, um Militär einzusetzen, um ihrem Notschrei Folge leisten zu können. Der Herr Militärbefehlshaber und ich haben uns aber nicht beirren lassen. Wir wussten aus früheren Vorkommnissen, dass wir die Verpflichtung hatten, auch die militärischen Machtmittel bereit zu halten, wenn alle friedlichen Mittel zur Verständigung erschöpft waren. Jetzt können wir uns aber ebensowenig von den Notschreien der einzelnen behördlichen Organe beeinflussen lassen; denn das würde nur eine Störung des Operationsplanes bedeuten. Der Ring wird jetzt auf allen Seiten so eng gezogen, dass keine Ortschaft liegen bleibt, dass überall wieder Ruhe und Ordnung einzieht.

Die Regierung ist in diesem Augenblick in keiner angenehmen Situation. Sie steht unter einem Druck von rechts und links. In Berlin pfeifen es die Spatzen von den Dächern, daß noch nicht alle aufsässigen Truppen entwaffnet worden sind, daß in der Sicherheitspolizei die Säuberung noch nicht vollständig durchgeführt worden ist von solchen Elementen, die in den Putschtagen zu Kapp gehalten haben. Die Regierung muß sich deswegen in erhöhtem Maße die Unterstützung der Arbeiterschaft sichern. Würde sie jetzt nach dem Rezept der Scharfmacher gegen die Arbeiterschaft vorgehen, dann würde sich bei späteren Versuchen der Reaktion keine Arbeiterhand mehr für die Aufrechterhaltung der Koalitionsregierung regen. Dieser Standpunkt bedeutet noch lange keine Kapitulation vor den linksradikalen Verschwörern. Wenn die linksradikalen Elemente überhaupt gestärkt worden sind, dann verdanken

sie das ausschließlich dem Druck der Kapp-Leute, der der Regierung die Verpflichtung auferlegt, Verschwörern nach beiden Seiten hin entgegentreten zu müssen.

Man darf ferner bei der Beurteilung der Haltung der Regierung nicht außer Acht lassen, daß die Regierung von den verschiedensten Gruppen in der verschiedensten Weise bearbeitet worden ist. Die große Volksbewegung und die Maßnahme zur Abwehr hat selbstverständlich die politischen Parteien aufs tiefste erregt, die nun je nach der Auffassung der Sachlage, oft beeinflußt von lokalen Gesichtspunkten, auf die Regierung einzuwirken sich bemühten. Auch ich bin nicht mit allem einverstanden, was in diesen Dingen von der Regierung angeordnet worden ist. Mir war das Ultimatum der Regierung, wie die Ausführungsbestimmungen des Militärbefehlshabers durchaus unerwünscht. Wenn ich in diesen Dingen eine Entscheidung hätte treffen müssen, so hätte ich das Ultimatum, wie die Ausführungsbestimmungen abgelehnt. Das Schweigen, das nach den Verhandlungen in Bielefeld einsetzte, das Schweigen derjenigen Stellen, die zu Handlungen militärischer und politischer Art berufen waren, konnte nicht anders gedeutet werden, als das Schweigen vor dem Sturm. Die Panik setzte ein. Alle Handlungen der roten Armee standen unter der Frage: „Wann beginnt der Angriff?“ Daß er über kurz oder lang kommen würde, war den Leuten aus den Truppen-Zusammenzügen bekannt. Ihnen ging die Munition aus, ihnen fehlte es an Lebensmitteln, während auf der Seite des Militärs jeder Tag eine weitere Stärkung bedeutete. Neue Verhandlungen in Berlin sind auf Betreiben der Berliner Zentralstellen der Gewerkschaften geführt worden, die selbstverständlich das größte Interesse daran haben, daß die wirtschaftlichen Belange ihrer Mitglieder im Ruhrgebiet durch voreilige und verkehrte Maßnahmen nicht gestört werden. Die letzten Besprechungen, die ich geführt habe, haben nichts anderes ergeben, als eine Zusammenfassung der Erklärungen, die von seiten der Reichsregierung erfolgt sind.

Ich bin erfreut darüber, daß ein Mitglied der Kommission, die von den Gewerkschaften entsandt ist, sich davon überzeugt hat, daß die Reichswehr auch in den letzten Tagen sich durchaus defensiv verhielt und daß dort, wo sie im Angriff vorstieß, das herbeigeführt worden ist, durch die Absichten und Angriffe der bewaffneten Arbeiter. Diese Arbeitermassen sind jetzt jeder Selbstzucht bar. Die Führer haben jeden Einfluß auf sie verloren. Was jetzt noch kämpft, kämpft nicht um

politischer Ziele willen, sondern um zu plündern und zu brand-schatzen. Jetzt, wo alle militärischen Vorbereitungen getroffen sind, würde jedes weitere Zögern mit dem Einsetzen der Truppe ein großer Fehler sein, ein Fehler, der dem wirtschaftlichen Leben unseres Bezirks und des ganzen Reiches die größten Wunden schlagen müßte.

Diese Wunden sind jetzt schon schmerzlich genug. Wenn in den nächsten Tagen rein äußerlich die Ruhe und Ordnung wieder hergestellt sein wird, dann ist trotzdem noch nicht alles wieder im normalen Geleis. Es ist sehr vieles wieder herzustellen. Ich spreche nicht von den tausenden von Menschenleben, die auf der Strecke bleiben, und die man nicht wieder zum Leben erwecken kann. Außer dieser Zerstörung unserer völkischen Kraft sind unsere wirtschaftlichen Beziehungen durch den Putsch derart gestört, daß es der größten Anstrengungen bedarf, um auch nur die Lebensmittelversorgung im Industriebezirk so notdürftig wieder herzustellen, daß wir einer Hungersnot entgehen. Holland liefert uns erst wieder Lebensmittel, wenn die Ruhe einigermaßen gesichert ist oder doch in sicherer Aussicht steht. Die holländische Regierung wird sich von diesem Standpunkt nicht abbringen lassen.

Auch der Produktionsprozeß hat stark gelitten, insbesondere durch die erzwungene Teilnahme der Arbeiter an lokalen „Generalstreiks“. Genaue Nachrichten darüber, ob und wieviel Hochöfen zum Verlöschen gekommen sind, habe ich noch nicht, aber ich weiß, daß in Duisburg Hochöfen vor dem Erkalten stehen und daß die Wiederinbetriebsetzung mehrere Monate dauert. Die Eisen- und Stahlproduktion hat in einigen Betrieben eine Unterbrechung erfahren, die unser Wirtschaftsleben schwer niederschlägt.

Wir haben also auch nach der Niederzwingung des Aufstandes noch große Arbeit im Wiederaufbau zu leisten, und soll das möglichst reibungslos erfolgen, dann ist das Zusammenfassen aller Kräfte, die sich an diesem Wiederaufbau auf dem Boden der Verfassung beteiligen wollen, unerlässlich. Das gilt besonders für diejenigen Staatsbürger und Parteien, die in der Koalitionsregierung vertreten sind. Worauf es ankommt, ist, die Autorität der Regierung nach Möglichkeit zu stützen, sie aber nicht durch unsachliche und unbegründete Kritiken herabzusetzen. Ich kann mir nicht denken, daß es eine Festigung der Regierungsautorität sein kann, wenn ihr Schwäche und Nachgiebigkeit vorgeworfen wird für die Bestrebungen, Arbeiter und Soldatenblut zu schonen und wirtschaftliche Werte vor der Zerstörung zu bewahren. Die Regierung darf sich

von Tagesstimmungen nicht beeinflussen lassen. Sie ist dem Volke verantwortlich auch für die Politik von morgen und übermorgen. Das sollten auch die politischen Parteien und die Zeitungen bedenken, die hinter der Koalitionsregierung stehen. Auch nach den nächsten Wahlen wird weder eine Regierung Kapp, noch eine Regierung Cohn denkbar sein. Die drei Koalitionsparteien, die heute die Tragbalken der Regierungspolitik sind, werden voraussichtlich auch nach den nächsten Wahlen allein imstande sein, eine regierungsfähige Mehrheit zu stellen. Wer diese Auffassung teilt, sollte es sich versagen, die Autorität dieser Regierung in der Weise herabzusetzen, wie das in den letzten Tagen vielfach geschehen ist. Wenn diese Grundauffassung sich auch die Presse der Regierungspartei zu eigen machte, wäre m. E. viel gewonnen.

